

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

22.10.1924 (No. 247)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verleger:  
Karl Friedrich  
Straße Nr. 14  
Karlsruhe

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. K. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen billigerer Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Müllerischen Verlag, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, abgenommen. Bei Abnahme von Anzeigen ist die Erfüllung der Zahlungsbedingungen zu versichern. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Raub, Brand, Verhaftung, Verhinderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Zehnprozentige Erhöhung des Mietzinses

Mit einer im Staatsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung hat der Minister des Innern die gesetzliche Miete mit Wirkung vom 1. November 1924 für alle Gemeinden des Landes auf 75 v. H. der Friedensmiete festgesetzt. Von dieser Erhöhung entfallen 5 v. H. auf die in der gesetzlichen Miete enthaltenen Sätze für laufende und große Instandsetzungsarbeiten. Diese Sätze werden demnach auf 23 v. H. der Friedensmiete, gegenüber 18 v. H. bisher erhöht.

Die vorstehend angegebene Erhöhung paßt sich einem Beschluß der Reichswohnungskonferenz in Göttingen vom 11. Oktober d. J. an, nach welchem die Miete bis gegen Ende des Jahres 75 v. H. des Friedenssatzes erreichen soll. In der Reichskonferenz wurde festgestellt, daß bisher die Mieten gegenüber jenen der Friedenszeit in Preußen 66 v. H., in Baden 65 v. H., in Sachsen 62 v. H., in Hessen 68 v. H., in Bremen 70 v. H. und in Lübeck 88 v. H. betragen, während in Württemberg für die größeren Wohnungen in einer Preislage von über 2000 M. die Friedensmiete gilt und für kleinere Wohnungen 65 bzw. 70 v. H. bezahlt werden; Bayern kommt auf 75 v. H. der Friedensmiete.

Abgesehen davon, daß die 3. Steuernotverordnung den Ländern vorschreibt, die Mieten allmählich den Friedensmieten anzunähern, ist eine Annäherung der Mieten an die Friedensmiete erforderlich, damit der Neubau von Wohnungen durch Private wieder möglich wird. Eine schnellere Erhöhung des Mietzinses, wie das von den Vertretern des Hausbesitzes gefordert wird, ist im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit und die anerkannt großen Notstände in weiten Kreisen des Volkes nicht zu verantworten. Dies schon um deswillen nicht, weil dem Hausbesitzer kein moralisches Recht zusteht, aus der Entschuldung seines Besitzes Vorteile zu ziehen, während dem Staat und den Gemeinden in hohem Maße die Fürsorgepflicht für die unverschuldet in Not geratenen Staatsbürger obliegt.

So richtig es nun erscheint, auf die sozialen Erfordernisse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, so falsch wäre es, diesen Gesichtspunkt für die Mietzinsberechnung als den allein ausschlaggebenden zu bezeichnen. Die Frage der Anpassung des Mietzinses an den Friedensstand muß auch von dem Gesichtswinkel her beurteilt werden, ob bei den derzeitigen Mietzinsen die private Bautätigkeit wieder belebt werden kann. Solange die Bautätigkeit nur auf öffentliche Mittel gestützt wird, wird sich die Wohnungsnot kaum mildern. Es war ein großer, nach Lage der damaligen Verhältnisse aber ein durchaus verständlicher Fehler, während der Inflationszeit den Mietzins nicht der Geldwertverwertung angepaßt zu haben. Mit der Anpassung des Mietzinses an den Friedensstand ist zurzeit für den Anreiz zum Wohnungsneubau nicht viel auszurichten. Die Rentabilität eines neu zu erstellenden Hauses hängt davon ab, inwieweit durch den Mietzins das Baupapital verzinst und amortisiert werden kann.

Im neutralen Ausland hat sich genau wie in den kriegsführenden Ländern die Wohnungsnot stark verschärft und überall müssen deshalb trotz freiem Wohnungsmarkt Staatsgelder für den Wohnungsbau flüssig gemacht werden. Die Baugeldbeschaffung ist eben auch ein Problem, an welchem man mit einer Handbewegung nicht vorbeikommt. Ähnlich steht es mit den Bauforderungen, die heute sich ja weit über dem Friedensstand befinden. Es ist jedoch die zureichende Hoffnung berechtigt, daß im kommenden Frühjahr das Baugeld zu billigerem Zinsfuß zu haben ist. Wenn dann auch die Industrie und das Gewerbe billigere Kredite für ihre Betriebsführung erlangen können, dann läßt sich auch auf ein Absinken der Preise für Baumaterialien hoffen, so daß das Bauen und damit die Mietzinsgestaltung für neuerbaute Häuser zwar noch nicht nach dem Friedensstand eingerichtet werden kann, immerhin aber sich die Entwicklung dieser Linie zu nähern vermag. Bis diese Entwicklung dem Friedensstand sich nähert, vergeht selbstverständlich noch eine längere Zeit. Jedenfalls aber muß derselben Vorstoß geleistet werden dadurch, daß das Angebot auf dem Wohnungsmarkt die Nachfrage wieder deckt, ein Ziel nur erreichbar, wenn die in dem Wohnungsbau investierten Kapitalien eine geregelte Verzinsung abwerfen.

Die Inhaber alter Wohnbauten aber müssen sich gefallen lassen, den durch die in der Inflationszeit erzielte Entschuldung gemachten Gewinn für das öffentliche Wohl weggesteuert zu bekommen. Da der Landtag jetzt nicht

beisammen ist, wird sich er im Verlauf des kommenden Winters mit der Erhöhung der Gebäudesteuer analog der Erhöhung des Mietzinses zu beschäftigen haben.

#### Gräberbesuch in Elß-Lothringen

Für die erleichterte Einreise zum Gräberbesuch nach Elß-Lothringen über Merxheiligen ist zu beachten:

1. Es ist nicht nur der Besuch von Kriegergräbern, sondern von Gräbern jeder Art von Angehörigen gestattet und zwar allen Reichsangehörigen.

2. Erforderlich ist der Besitz eines Reisepasses und der Bescheinigung eines elß-lothringischen Bürgermeisters, daß verstorbene Angehörige des Reisenden auf dem Friedhof dieses Ortes ruhen. Personalansweise werden französischerseits nicht zugelassen. Die bürgermeisteramtlichen Bescheinigungen können auch aus einem früheren Jahre stammen.

3. Die französische Erlaubnis ist gültig für den 1. und 2. November. Sie wird, soweit die badisch-französische Grenze in Betracht kommt, erteilt am Tage der Ausreise von den französischen Grenzkontrollstellen der Übergänge Keßl, Breisach, Reuenburg und Balmrain (Gallingen) gegen Bezahlung von 10 frs. Eine Inanspruchnahme des französischen Konsulats Karlsruhe kommt nicht in Frage.

Das Gleiche gilt für die Ausweise über die Pfalz hinsichtlich der Übergangsstelle Weisenburg.

4. Ein deutscher Sichtvermerk oder finanzielle Unbedenklichkeitsvermerk ist — entgegen früheren Meldungen — nach neuester Anordnung für diese Reise nicht erforderlich, soweit badische Übergangsstellen benützt werden.

#### Auspuffklappen an Benzinmotoren zu!

Die reichsgesetzlichen Bestimmungen für den Gebrauch von Explofivmotoren an Fahrzeugen, nach welchen die Auspuffrohre solcher Motore innerhalb geschlossener Ortschaften mit einer Drosselklappe abgeschlossen werden müssen, findet bei vielen Führern von Automobilen, vor allem aber bei den Führern von Motorrädern keine oder höchst ungenügende Beachtung. Die Führer von Motorrädern lassen in der Regel in der rücksichtslosesten Weise auch innerhalb der Stadtgebiete die Auspuffklappen offen und vollführen mitunter die Straßen entlang ein reines Wuschienengewehrgeknatter.

Gegen solchen Unfug muß die Bevölkerung geschützt werden. Die Polizeibehörden sind in jüngster Zeit wiederholt vom Ministerium des Innern nachdrücklich angewiesen worden, gegen eine derartige Verwilderung im Motorfahrzeugverkehr energisch einzuschreiten. Zur Zeit werden Ermahnungen darüber angestellt, was mit Motorrädern zu geschehen hat, bei denen sogar die Drosselklappen entfernt sind. Einsparungen gegen die wegen solcher Vergehen ausgesprochenen Polizeistrafen können keine Berücksichtigung finden.

Deutsch-schweizerische Wirtschaftsverhandlungen. In Berlin begannen die seit längerer Zeit in Aussicht genommenen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen, die hauptsächlich dem Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen dienen sollen, mit einer Eröffnungssitzung. Der deutschen Abordnung, deren Leitung in Händen des Ministerialdirektors Dr. Koepfle liegt, gehört u. a. der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller an. Die Verhandlungen haben vor allem die Wiederbelebung der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen, die im Kriege und in der Nachkriegszeit starken Einschränkungen unterworfen waren, zum Ziel.

Die preussische Porzellanmanufaktur. Nach Beendigung der Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die staatliche Porzellanmanufaktur richtete der preussische Handelsminister Siering an den Direktor Dr. Schneider die Anfrage, ob er geneigt sei, nuncupativ von neuem den Posten des Direktors der staatlichen Porzellanmanufaktur anzunehmen. Der „Wolff. Blg.“ zufolge antwortete der Direktor nach einer Bedenkzeit dem Minister, daß er von seiner Berufung abzusehen bitte, da er fürchte, daß die politischen Verhältnisse gegen ihn dann von neuem beginnen würden.

Gemeindearbeiterstreits. Die Gemeindearbeiter in Magdeburg und Halle sind in einer Anzahl von Städten Mitteldeutschlands sind in den Streik getreten. Die Ursache ist in den schon seit Wochen anhaltenden Lohnkämpfen zu suchen. Kämpfe in den Betrieben der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wird in den Krankenhäusern, Theatern usw. gestreift. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wird die Technische Ratifische eingesetzt. — Eine Versammlung der Berliner städtischen Gas- und Wasserwerke lehnte das zwischen der Direktion und dem Verbande der Gemeindearbeiter getroffene Tarifabkommen ab. Es wurde beschlossen, eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen, um der Gesamtheit der Belegschaften die Stellungnahme zu den Vereinbarungen zu ermöglichen.

### Polen als „Friedensfaktor“

Aus Warschau, 12. Oktober, wird uns geschrieben:

Der polnische Außenminister hat nach seiner Rückkehr von Genf einem Interviewer gegenüber die Haltung Polens auf der verfloffenen Genfer Völkerbundstagung auseinandergesetzt. Dabei hat er u. a. gesagt, daß Polens Lage im Völkerbunde eine günstigere geworden sei. Polens Politik habe den Erfolg gehabt, daß das Ausland aufhöre, Polen Imperialismus vorzuwerfen. Die Rolle Polens als eines Friedensfaktors werde immer mehr von der öffentlichen Meinung Westeuropas verstanden.

Graf Strzyński scheint persönlich ein der Verständigung Polens mit seinen Nachbarn, auch mit Deutschland, geneigter Mann zu sein; dafür sprechen wenigstens manche seiner bisherigen Maßnahmen. Darum soll auch gern zugegeben werden, daß er persönlich Polen zu einem Friedensfaktor machen möchte. Aber wie lange wird er denn noch polnischer Außenminister bleiben? In wenigen Tagen wird der Sejm zusammentreten und dann werden die Angriffe, die seit Wochen in der Presse gegen Strzyński gerichtet werden, im Parlament ihre Fortsetzung finden. Strzyński ist nicht nur von den nationaldemokratischen Zeitungen angegriffen worden, die selbstverständlich jeden Gedanken einer Ausöhnung mit Deutschland weit zurückweisen, sondern auch von Zeitungen der Witos-Partei und der Nationalen Arbeiterpartei. Es ist aber keineswegs unwahrscheinlich, daß diese Parteien demnächst die Regierung Polens an sich reißen werden und dann wird Strzyński der erste sein, der über die Klinge springen muß. Und wenn dann ein Roman Dmowski, oder ein Marjan Seyda, oder sonst ein polnischer Chauvinist das Außenministerium übernimmt, dann wird sehr bald aller Welt offenbar werden, daß, wenn Polen eine Säule des Friedensgebäudes sein sollte, dieser Bau sehr schnell zum Einsturz gelangen müßte.

Aber Strzyński hat nicht einmal die ihn sonst im allgemeinen verteidigende Linke vollkommen auf seiner Seite, wenn er die Aufrechterhaltung des Friedens und zu diesem Zwecke ein, wie er in dem erwähnten Interview gesagt hat, „friedliches Zusammenleben“ mit Deutschland anstrebt. Vor einigen Wochen hat ein altangehener polnischer Sozialistenführer in dem sozialistischen Hauptorgan Polens, dem hiesigen „Robotnik“, ausgeführt, daß die polnische Regierung darauf sehen müßte, bei den in Ostpreußen lebenden Masuren den Wunsch nach Befreiung zu entfachen. Das Streben der Masuren nach Befreiung von der preussischen Knechtschaft müsse von Polen aus unterstützt werden, denn jedermann wisse, wie wichtig für Polen die Erlangung eines breiteren und leichteren Zugangs zur See sei. Daß Deutschland jemals freiwillig Ostpreußen an Polen ausliefern könnte oder etwaigen von den Polen angestifteten Putzversuchen der Masuren mit dem Ziele, Ostpreußen oder mindestens einen Teil davon von Deutschland loszureißen, ruhig zusehen würde, glaubt doch wohl der „Robotnik“ selbst nicht. Wie also denkt man sich eigentlich die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit Deutschland, wenn selbst die polnische Linke die Absicht auf Annexion deutschen Gebietes so offen zur Schau trägt? Solange derartige Tendenzen in Polen obwalten, ist doch dieser Staat alles eher als ein Friedensfaktor.

Aber weiter: Graf Strzyński ist eben von einer Zusammenkunft zurückgekehrt, bei der die Frage der Abrüstung sehr eingehend erörtert worden ist. Nun hat aber Polen nicht nur soeben in der Form einer Anleihe von Frankreich die Möglichkeit einer Vervollständigung seiner militärischen Rüstungen erhalten, sondern es geht auch darauf aus, die noch nicht wehrfähige Jugend systematisch militärisch auszubilden. Anfang Oktober hat unter dem Vorherrsche des Kriegsministers General Sikorski und unter eifriger Mitwirkung des Generalstabschefs Gallier eine Sitzung des Kriegsrats stattgefunden, in der beschlossen wurde, die Jugend im schulpflichtigen Alter militärisch zu erziehen und zwar unter Beihilfe des Heeres, das Instruktoren abgeben soll, welche die militärische Ausbildung, auch auf dem Gebiete des Schießens, leiten sollen. Wo die Bedingungen dazu vorhanden sein werden, soll die militärische Ausbildung zwangsweise stattfinden. Aber die Schüpenausbildung referierte der aus seinem Zuge nach Wilna sakkam bekannte General Jeligowski.

Der Kriegsrat hat die ihm vorgelegten Anträge zur militärischen Ausbildung der Jugend einstimmig angenommen, und die Entschlüsse des Kriegsrats sollen in einem Gesetze zum Ausdruck kommen, dessen Entwurf



noch in diesem Jahre den gesetzgebenden Körperschaften zugehen wird.

Diese Mitwirkung des Kriegsministers und des Generalstabschefs, also hervorragender Persönlichkeiten, der gegenwärtigen Regierung, zustandekomme Beschlüsse widersprechen einmal vollkommen der Tendenz, die auf der letzten Genfer Tagung so stark hervorgetreten ist und sie beweisen zweitens, daß es mit Polens friedlichen Absichten nicht weit her ist. Wie also die westeuropäischen Länder — wie Graf Skrzynski in dem Interview erklärt hat — zu der Auffassung gelangt sein sollen, Polen habe mit seinen imperialistischen Tendenzen gedroht und es sei zu einem Friedensfaktor geworden, ist nicht recht ersichtlich.

## Nach der Reichstagsauflösung

### Eine Rundgebung der Reichsregierung

Die Reichsregierung wendet sich mit der folgenden Rundgebung an das deutsche Volk:

„Nach kurzer Zeit steht das deutsche Volk wiederum vor der Aufgabe, einen neuen Reichstag zu wählen. Im alten Reichstag hatte die Regierung keine feste, arbeitsfähige Mehrheit. Die mannigfaltigen, ernstesten Bemühungen, eine solche zu schaffen, führten nicht zum Ziel. Letzten Endes scheiterten sie deshalb, weil die noch unter den Nachwirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs getätigte Wahl vom 4. Mai die radikalsten Elemente aufsteigend und dadurch die aufbauende Arbeit der übrigen Parteien außerordentlich erschwert hatte. Das Wohl des deutschen Volkes fordert, daß dieser Mangel durch Neuwahlen beseitigt wird.“

Nachdem der Londoner Pakt angenommen und seine Durchführung bereits eingeleitet ist, muß die unter schweren Opfern, aber mit sichtbarem Erfolge geführte Politik der Regierung folgerichtig fortgesetzt und für die Zukunft gesichert werden. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hat eine ruhige Fortentwicklung der deutschen Politik nach außen und im Innern zur Voraussetzung. Sie ist aber nur dann gesichert, wenn sich alle am Wiederaufbau beteiligten Parteien entschließen auf den Boden der Verfassung stellen und diese gegen jeglichen ungesetzlichen Angriff, gleich von welcher Seite er kommen mag, verteidigen.

Im neuen Reichstag müssen die einigenden Kräfte stärker sein als die entzweienden. Die radikalsten Elemente sollten durch die Neuwahlen ausgeschaltet werden. Ist es nicht eine Schande, daß der deutsche Reichstag mit polizeilicher Hilfe tagen muß und sich die Extreme von rechts und links die Hand reichen, um seine Arbeit zu sabotieren?

Soll das deutsche Volk im Innern weiter gesunden, soll die nach außen neugewonnene Geltung erhalten und gehiebt werden, so muß die Regierung sich auf eine feste Mehrheit stützen können. Auch die Parteienzerstückelung der letzten Wahlen steht dem entgegen. Es dürfen nicht wie am 4. Mai nahezu 1 Million Stimmen vergeblich abgegeben werden. Nicht in der Zersplitterung liegt das Heil, sondern im Streben zum Ganzen und zur Einheit.

Wäge sich das deutsche Volk von diesen Gesichtspunkten leiten lassen, wenn es bei den kommenden Wahlen über seine Zukunft entscheidet.“

### Der Reichskanzler zur Auflösung

In einer Unterredung mit einem Vertreter des B.D. wies der Reichskanzler darauf hin, wie nach den bekannten Vereinbarungen zwischen Vertretern der Regierungsparteien und den deutschnationalen gelegentlich der Abstimmung über die Dawesgesetze die Frage der Regierungserweiterung dringend geworden war. Er, der Reichskanzler, glaubte dies am besten und in innen- und außenpolitischer Hinsicht am erträglichsten durch Einbeziehung der Sozialdemokraten und deutschnationalen bewerkstelligen zu sollen. Trotz weitgehendster Überzeugung dieser beiden Parteien hinsichtlich der Übernahme der Innen- und Außenpolitik aus den Londoner Abmachungen in den Dawesgesetzen sich ergebenden Konsequenzen sei es ihm leider nicht möglich gewesen, den Gedanken der Volksgemeinschaft zu verwirklichen, weil von deutschnationaler Seite über die vom Kanzler aufgestellten Richtlinien hinaus Forderungen erhoben wurden, die von den strebenden Volksgemeinschaft erachtet wurden. Obwohl der Reichskanzler der Regierungserweiterung nach rechts als verfrüht erschien, habe er angesichts der durch den Beschluß der Deutschen Volkspartei geschaffenen Unmöglichkeit des Fortbestandes der jetzigen Regierungskoalition den Versuch unternommen, durch Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung eine sichere Basis für die Regierung zu schaffen.

Voraussetzung dieses Versuches war einmal die Schaffung von Sicherheiten dafür, daß insbesondere die bislang verfolgte Außenpolitik fortgeführt würde, zum anderen die Schaffung einer zuverlässigen Reichstagsmehrheit. Dazu hätte die Demokratie in der Koalition verbleiben und außerdem alle Stimmen innerhalb der nicht erweiterten Koalitionsregierung sicher sein müssen. Die Demokraten teilten jedoch in wiederholten Beschlüssen mit, daß sie einer einseitigen Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht zustimmen könnten und machten ihr Verbleiben in der Regierung davon abhängig, daß die Einbeziehung der Deutschnationalen unterbleibe. Bei dieser Sachlage war der Hauptgrund für die Regierungserweiterung, nämlich die Festigung der Regierungsmehrheit, hinfällig geworden, um so mehr als keineswegs sicher war, daß gerade der Regierung bei den wichtigsten Entscheidungen restlos alle Stimmen der neuen Koalition zufallen würden.

In den letzten Tagen habe sich insbesondere der Eindruck, daß die deutschnationalen Stimmen nur dann für die Regierung sicher sein würden, wenn die Deutschnationalen auch durch Männer in der Regierung vertreten wären, die gegen die Dawesgesetze stimmten, und Vertrauensmänner des rechten Flügels der deutschnationalen Partei seien, verstärkt. Die Erkenntnis wurde daher immer stärker, daß die Bildung einer sicheren Regierungsmehrheit nicht möglich war. So fand er (der Reichskanzler) im Reichskabinett die übereinstimmende Billigung für seinen Entschluß, dem Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages zu unterbreiten.

Das deutsche Volk sei erneut vor die ernste Entscheidung gestellt, einen Reichstag zu wählen, der die schweren Aufgaben der kommenden Monate lösen und das von Deutschland

im Ausland wieder erworben Vertrauen erhalten könne. Er hoffe, daß der Wahlkampf nicht von kleinlichen Partei-geheeren beherrscht sein würde. Die Schuld an den Wiederwahlen liege daran, daß die Mai-Wahlen im Reichstag Zustände schufen, die ein ersprießliches Arbeiten unmöglich machten. Von der neuen Entscheidung des deutschen Volkes werde es abhängen, die Politik der Reichsregierung, die Deutschland im letzten Jahre trotz allem vorangebracht habe, zukünftig gesichert zu sehen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärte einem Mitarbeiter des „Nacht- und Nebelblatts“ zur kommenden Reichstagswahl: Was bleiben muß als Kristallisierungspunkt für die künftige Kabinettsbildung ist eine verstärkte Mitte. Dazu ist aber auch notwendig, daß die Parteien, die sich auf den Boden dieser Anschauungen stellen, sich auch zu dieser Politik der Mitte bekennen und keine Neigung zu einem Rechts- oder Linksblock haben. Nur auf diese Weise läßt sich die deutsche Politik ausbalancieren und läßt sich die Möglichkeit schaffen, zu einer tragfähigen Mehrheit zu kommen, die sowohl nach innen wie nach außen den Anschein vermeidet, als wenn wir auf irgendeine reaktionäre Politik in Deutschland zusteueren. Stresemann glaubt übrigens, daß die extreme Rechte und Linke bei den Wahlen eine schwere Niederlage erleiden werden.

Auch der Vorsitzende der Deutschen demokratischen Partei Koch setzt sich in einer vom „Börseurier“ veröffentlichten Erklärung für die Fortsetzung der bisherigen Politik der Mitte ein: Ich denke, das deutsche Volk wird seinen Fehler vom Frühjahr nicht wiederholen. Wir wollen keine Spaltung des Volkes in Rechts- und Linksparteien. Unsere Politik ist und bleibt die Politik der Mitte.

### Rundgebungen der Parteien

Die demokratische Reichstagsfraktion erließ eine Rundgebung, worin gesagt wird, daß die Deutsche Volkspartei allein dafür verantwortlich sei, daß jetzt der Aufbau des Reiches und der Wirtschaft durch die Neuwahlen gestört werde. Die Rundgebung schließt: „Wir kämpfen dagegen, daß die Nation durch innerpolitische Kämpfe zerrissen oder geschwächt wird. Für das Reich, für die Republik, für das Rheinland und die besetzten Gebiete, für eine wahre Volksgemeinschaft, für ein freies Deutschland unter freien Völkern Europas.“

Die Verhandlungsführer der Deutschen Volkspartei im Reichstag veröffentlichten eine Erklärung, worin gesagt wird, daß die Deutsche Volkspartei seit Jahresfrist für die Bildung einer tragfähigen Reichstagsregierung aus staatsbedingten bürgerlichen Parteien kämpfe. Die Mitübernahme der Regierungsverantwortung durch die Deutschnationale Volkspartei und die Bindung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräfte seien Garantien für die im europäischen Interesse so erforderliche Stetigkeit der deutschen Außenpolitik. Innerpolitisch sei die Ablehnung der Deutschnationalen Volkspartei ein Ausfluß des Klassenkampfgedankens und eine Folge mißverständlichen Republikanismus.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages erließ folgende Rundgebung: „Der Reichstag und der Preussische Landtag sind aufgelöst. Ein bedeutsamer Wahlkampf steht bevor. Die Zentrumsfraktion hat ihn nicht gesüht; sie steht ihm jedoch in der Überzeugung von der Richtigkeit und vaterländischen Notwendigkeit ihrer Politik und im Vertrauen auf die bewährte Treue ihrer Wähler mit unbetrübter Zuversicht entgegen. Am 27. und 28. Oktober tagt der Reichstagsparlament. Seine vornehmste Aufgabe wird es sein, die große Linie für den kommenden Wahlkampf zu ziehen. Deshalb keine vorzeitige Rundgebung Einzelner in unseren Reihen. Wäge man die Beschlüsse des Parteitages abwarten!“

Die deutschnationale Reichstagsfraktion betont in einer Rundgebung zu den beginnenden Wahlkämpfen, daß die Deutschnationale Partei nach wie vor monarchistisch, völkisch, christlich und sozial bleibe und ihr Ziel, die Reinigung des politischen Lebens vom November-Geist und vom Erfüllungsgelbst sei. Unauflösliche Aufgaben, wie die Aufwertung, die Beamtengehebelung, die Neuordnung der Handelsbeziehungen zum Ausland und der Schutz der nationalen Wirtschaft müßten in den letzten Wochen zurücktreten. Das neue Parlament wird die Aufgabe haben, solchen unsfähigen Parlamentarismus zu überwinden. Eine Regierung sei nur möglich ohne Sozialdemokratie, ein Aufstieg nur im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Volksgemeinschaft könne nur im Kampfe gegen die Auffassung der Sozialdemokratie durchgesetzt werden.

### Spaltung in der Demokratischen Partei

B.D. Berlin, 21. Oktober. Von den bei der Entschließung über die Regierungsbildung in der Minderheit gebliebenen Mitgliedern der deutschen demokratischen Reichstagsfraktion sind die Abgeordneten Gerland, Reinath und Schiffer aus der Demokratischen Partei ausgeschieden. Ihnen haben sich die Mitglieder des Preussischen Landtages Dominicus und Grund angeschlossen. Dem Parteivorstand ist hierüber in einem gemeinsamen Schreiben Mitteilung gemacht worden. Die bayerischen Reichstagsabgeordneten Gehler und Sparrer, die gleichfalls zur Minderheit gehören, treffen ihre Entscheidung nach Rücksprache mit ihrer heimatischen Organisation.

In einer Sitzung des Reichsvorstandes der Demokratischen Partei erklärte der Bayernbündler Wahstorf die Wente, er mache den Austritt Böhmers und anderer Bayernbündler aus der Demokratischen Partei nicht mit.

Wie das „B. L.“ hört, sagte der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei den für November in Breslau angesetzten Parteitag mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen ab. Wann der Parteitag stattfindet, steht noch nicht fest.

### Die preussischen Landtagswahlen

Nach einem Beschluß, den der Ältestenrat des Preussischen Landtages am Dienstag einstimmig gefaßt hat, werden am 7. Dezember auch die eigentlich erst im Februar nächsten Jahres fälligen Neuwahlen zum Preussischen Landtag vorgenommen werden. Der Beschluß ist zweckmäßig, weil er doppelte Arbeit und doppelte Kosten ersparen läßt. Nach der preussischen Verfassung kann der Landtag nur in zwei Formen aufgelöst werden: entweder durch einen Beschluß des Landtags selbst oder durch die Entscheidung eines aus dem Landtagspräsidenten, dem Staatsratspräsidenten und dem Ministerpräsidenten bestehenden dreißigköpfigen Gremiums. Der Landtag wird also in nächster Zeit ein Gesetz zu verabschieden haben, worin er seine eigene Auflösung am 8. Dezember ausspricht. Bis zu diesem Tage wird sein Mandat gültig bleiben.

Das jetzige preussische Kabinett wird bis zur Konstituierung des neuen Landtages in voller Verantwortlichkeit und Handlungsfähigkeit im Amte bleiben, vorausgesetzt, daß nicht etwa die Deutsche Volkspartei Schwierigkeiten macht. Doch besitz im gegenwärtigen Landtag die alte Koalition von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten noch die Mehrheit, könnte also ohne Volkspartei regieren.

### Der Reichswahlleiter

B.D. Berlin, 22. Oktober. Der Reichsminister des Innern ernannte zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wagemann und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamtes, Geh. Regierungsrat Weisinger. Die Geschäftsräume des Reichswahlleiters befinden sich Berlin W 10, Rügenufer 8, Fernruf Amt Kurfürst 9509, Telegramm-Adresse Reichswahlleiter Berlin W 10.

## Die Ingangsetzung des Londoner Abkommens

### Die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungseinheit

Die Rheinlandskommission in Koblenz gibt bekannt: Die alliierten und deutschen Delegierten haben ein allgemeines Kompromiß unterzeichnet, das die Mehrzahl der schwebenden Fragen regelt und die bestehenden Kaufverträge, die durch den leitenden Sachauschuß abgeschlossen wurden, berichtigt, um die Rechte der Käufer zu wahren. Andererseits sind Sonderbestimmungen zugunsten des ausländischen Handels vorgeesehen, um die Übergänge zu mildern. Schließlich haben die deutschen Behörden in formeller Weise anerkannt, daß Waren aller Art, die in regelrechter Weise unter dem Alliierten-Regime eingeführt wurden, frei und ohne vorher eingeholte Genehmigung zwischen dem besetzten und nichtbesetzten Gebiet zirkulieren können. Die Rheinlandskommission ließ zu, daß die deutschen Zoll-, Außenhandels- und Fortifikationsstellen schon am Dienstag ihre regelrechten Befugnisse wieder aufnehmen können. Die Rheinlandskommission erließ eine Verordnung, monach die mit der Annahme der französisch-belgischen Regie seit dem 11. Januar 1923 zur Ausbeutung der Länder geschaffenen Dienstleistungen mit Wirkung vom 28. Oktober aufgehoben werden; ebenfalls werden alle Erben und Kofereien, sowie andere Industrie landwirtschaftliche, Forst- und Schiffahrtunternehmungen ihren Besitzern zurückgegeben. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Eine Verordnung ähnlichen Inhalts wurde vom Oberkommandierenden der Rheinarmee für das Ruhrgebiet und den Brückenkopf von Düsseldorf erlassen.

B.D. Cleve, 21. Okt. Die holländische Zollgrenze wurde heute Nacht aufgehoben. Das deutsche Zollpersonal nahm den Dienst an den Zollstellen wieder auf. Die Paz- und Außenkontrolle an der holländisch-belgischen Grenze wird indes weiterhin durch die Gendarmen der Besatzungsmächte ausgeübt.

### Der neue Generalagent

B.D. Paris, 22. Okt. Der als Ersatz für Owen Young zum Generalagenten für die Reparationszahlungen ernannte amerikanische Staatsbürger Seymour Parker Gilbert, der gestern bei der Sitzung der Repso durch Owen Young vorgeschlagen wurde, erklärte einem Vertreter des „Petit Parisien“, er reise am Donnerstag mit Owen Young nach Berlin. Sie würden dort eine Woche bleiben. Er habe die Absicht, in Berlin wie in Paris Büros zu errichten; aber er werde sich den größten Teil des Jahres in Paris aufhalten. Aber die Art und Weise, wie er seine Tätigkeit ausüben werde, verweigerte er jede Auskunft. Doch hege er bezüglich seiner Arbeiten gute Hoffnungen.

### Die Räumung von Dortmund.

B.D. Dortmund, 22. Oktober. Heute früh hatten die Franzosen bereits einen Teil der bisherigen Dienstgebäude räumen geräumt. Gegen 8.30 Uhr verließ General Marty mit zahlreichen Offizieren im Auto das Stadgebiet. Die Truppen selbst weilen seit dieser Zeit noch größtenteils in der Stadt. Bisher sind keine Zwischenfälle vorgekommen.

B.D. Wesel, 21. Okt. Die Belgier haben heute abend Wesel verlassen und sind über die Lippe und die Rheinbrücke nach Bülrich abmarschiert. Der Abmarsch ist ohne jede Störung verlaufen. Die jenseits der Lippe liegenden Ortschaften bleiben nach wie vor besetzt.

### Das Ende der Eisenbahngesellschaft

B.D. Köln, 21. Okt. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, erfolgt die Übernahme der von der französisch-belgischen Regie betriebenen Strecken durch die neue Reichsbahngesellschaft am 16. November. Dadurch wird eine Reihe von Hindernissen wegfallen; Eisenbahnen und Verbesserungen werden klar greifen. Bisher bleibt noch der Regieschulden maßgebend; dagegen treten vom Tage der Übergabe ab die deutschen Zölle in Kraft. Die Einführung neuer Fahrpläne mit wesentlichen Verbesserungen ist für den 30. November vorgesehen. Man hofft dann, im wesentlichen wieder den Zustand wie vor der Ruhrkrise herzustellen. Die Bezahlung des Fahrgeldes usw. in Franken kommt vom Übernahmetag ab gänzlich in Fortfall. Vom 16. November ab 12 Uhr nachts an werden wieder deutsche Fahrkarten herausgegeben. Die Annahme und Abfertigung der Güter erfolgt von da ab wieder nach den deutschen Bestimmungen. Die jogen. Zollrückstellungen kommen bereits heute in Fortfall.

Bis zur völligen Rückübergabe der Regiebahnen an die Deutsche Reichsbahngesellschaft, die am 16. November erfolgt, bleiben die Personen- und Gütertarife weiter bestehen. Jedoch erfolgt die Einziehung der Fahrgelder und Frachten nicht in Franken, sondern in deutschem Geld. Im übrigen ist das französische Personal auf der Strecke Frankfurt-Limburg abgelöst worden und wird die Strecke von deutschem Personal, das der Eisenbahndirektion Frankfurt unterstellt ist, geführt. Zurzeit herrscht eine achtstägige Sperre zur Annahme von Waggontansporten mit Ausnahme von Mehl. Auch die Annahme von Stückgütern ist auf acht Tage beschränkt. Limburg und Eschhofen gelten vom 23. Oktober, 1 Uhr nachmittags, ab als zum unbesetzten Gebiet gehörend.

Der kommunistische Höllein verhaftet. Der bisherige kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein wurde am Dienstag in Berlin verhaftet und sofort ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Auch gegen die früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Kemmele und Grylewisch sind Haftbefehle erlassen worden. Die beiden letzteren hatten jedoch am Montag abend unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Reichstagsauflösung Berlin verlassen und waren für die Polizei unaufspürbar. Wie die Blätter hören, bereitet die kommunistische Reichstagsfraktion gegen die Strafverfolgung der bisherigen Reichstagsabgeordneten der K.P.D. eine Interpellation vor.

Prof. Gumbel in Frankreich. Dem Pariser „Intransigent“ wird aus Dijon gemeldet, daß dort gestern Montag Professor Dr. Gumbel von der Universität Heidelberg in einer Versammlung, die die Liga für Menschenrechte veranstaltete, über die deutsch-französische Enspannung sprach. Die anwesenden Mitglieder der nationalen Bewegung der Frontkämpfer hätten den Redner bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Protest empfangen. Erst nachdem ein Kriegsblinder seine Kameraden zur Ruhe aufgefordert habe, habe Dr. Gumbel seine Rede beginnen können. Seine Ausführungen sollen nach dem „Intransigent“, der sie als „höhnische Verleumdungen“ bezeichnet, unter Widerspruch aufgenommen worden sein.



### Der Prozeß gegen die Organisation Consul

Vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Leipzig beginnt heute der Prozeß gegen die Organisation Consul. Angeklagt sind 24 Personen, die der früheren Brigade Ehrhardt angehörten und dann in der Organisation Consul eine führende Rolle spielten. Sie haben sich wegen Geheimbündelei im Sinne des § 128 RStGB und des § 8 Nummer 3 des Gesetzes zum Schutze der Republik und des § 8 Nummer 3 des Gesetzes zum Schutze der Republik verantworten. Den Vorsitz führt Staatspräsident Niebner. Die Voruntersuchung wurde bereits während der Ermittlungen des Mathenaumordes eingeleitet. Abgetrennt wurde das Verfahren gegen die Urheber der Hamburger Sprengstoffattentate und dasjenige gegen den Studenten Günther Brandt, der wegen Begünstigung der Mathenaumörder gesucht, aber erst im Frühjahr verhaftet wurde.

Die Anklageschrift, die von Oberreichsanwalt Ebermayer fertiggestellt wurde, schildert eingehend den Werdegang der Brigade Ehrhardt und die Entstehung der Organisation Consul. Diese wurde im Mai und Juni 1921 von dem Hauptangeklagten, dem früheren Kapitänleutnant Alfred Hoffmann, mit der Losung: „Für Deutschlands Wiedergeburt“ gegründet. Für die politische Propaganda wurde eine besondere Abteilung gebildet, die die Zeitung „Wiking“ herausgab. Für den Verkehr innerhalb der Organisation schuf man im August 1921 auch eine besondere Geheimchrift. Die Gründung erfolgte in München. Von dort ausgehend wurde die Organisation schnell auch im übrigen Reich vorgenommen. Man schuf eine Reihe von Zirkeln, deren Leiter sich ebenfalls vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten haben. Die Verhandlung dürfte drei Tage in Anspruch nehmen.

### Kurze Nachrichten

Das Landesvertragsverfahren gegen Zeigner. Gegenüber den durch die Presse gegangenen Mitteilungen, daß das Landesvertragsverfahren gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner vorläufig eingestellt sei, teilt die zuständige Leipziger Stelle mit, daß diese Meldungen jeder Grundlage entbehren. Das Verfahren nimmt wiederum seinen geregelten Fortgang.

Als. Der, der heute sein 55. Lebensjahr vollendet, tritt, wie die „Deutsche Zeitung“ wissen will, von seinem Führeramt zurück.

Die Nichtauslieferung des Erzbergermörders. Der deutsche Gesandte in Budapest überreichte Dienstag mittag die Antwort der deutschen Regierung in der Angelegenheit der verweigerten Auslieferung von Schulz-Förster durch die ungarische Regierung.

Der Völkerrundrat wird zur Prüfung des englisch-türkischen Gegenfahes eine außerordentliche Sitzung am 27. Oktober in Brüssel unter dem Vorsitz von Humans-Belgien abhalten.

Frankreich und der Katifan. Der Pariser „Journal des Debats“ verzeichnet unter Vorbehalt die auch durch die „Information“ heute vormittag verbreitete Nachricht, der hl. Stuhl habe sich entschlossen, im Falle, daß sich die Beziehungen zwischen dem hl. Stuhl und Frankreich zu verschlechtern drohen, sofort einen Runtus in Belgien und einen Runtus in Konstantinopel zu ernennen, wodurch das Protektorat, das Frankreich über die Katholiken im äußersten Osten und in der Levante ausübt, beseitigt würde.

Erfolge der chinesischen Regierungstruppen. Wie Reuters aus Peking meldet, zogen sich die Truppen Tschang-Tscholins im Abschnitt Schanghaitwan zehn englische Meilen zurück. Wu-Pei-Fu gab Befehl zum allgemeinen Vormarsch.

## Badischer Teil

### Ausnahmebewilligungen für Straßenumzüge

Seit einiger Zeit wird in mehreren Zeitungen des Landes heftige Klage über den Widerstand geführt, den die Polizeibehörden gegen Straßenumzüge und Versammlungen unter freiem Himmel, soweit solche von der Organisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ geplant gewesen waren, leisteten.

Diese Klagen sind nicht berechtigt. Es besteht, wie schon wiederholt betont worden ist, ein allgemeines Verbot gegen Versammlungen unter freiem Himmel und gegen Straßenumzüge. Ausnahmebewilligungen für Straßenumzüge können naturgemäß nur aus ganz besonders wichtigen Anlässen erteilt werden. Von dem Ausnahmeverbot nicht betroffen werden im allgemeinen politische Vereinigungen und Feuerwehren, religiöse Bände u. dgl.; unter das Verbot fallen politische und militärische Verbände jeder Art.

Wollte der Minister des Innern einem Verband gegenüber lediglich deshalb, weil er ausdrücklich auf dem Boden der Verfassung steht, das Verbot nicht zur Anwendung bringen, dann würde sehr bald, und nicht mit Unrecht, der Vorwurf einer total parteiischen Handhabung der Polizeiverwaltung erhoben.

Das geht nicht an. Das bestehende Verbot muß im allgemeinen Beachtung finden, ohne daß es zur schikanösen Anwendung ausarten darf. Besonders wichtige Anlässe, die je nach den örtlichen Verhältnissen zu beurteilen sind, berechtigen dem Verbot gegenüber zu Ausnahmebewilligungen. Die Gründung eines Ortsvereins für einen Verband z. B. kann je in Anlaß zur völligen Regierung des Verbots sein. Fadelzüge, Weden, Umzüge aus solch einem Anlaß können, ohne daß der Sache ein Schaden zugefügt wird, füglich unterbleiben. Es ist wünschenswert, daß die Freude zur Schikane, die das Leitmotiv für diese grundsätzliche Einstellung gibt, sondern das einfachste Gebot der Objektivität gegenüber jeder Vereinigung, die sich im Rahmen der allgemeinen Staatsordnung hält. Die Anwendung des Verbots gegenüber Verbänden, die den Staat in seiner heutigen Form bedrohen, fällt naturgemäß schon ein begrenzter aus, keineswegs aber darf die Praxis zur totalen Einseitigkeit führen, weil das ein offenes Unrecht darstellen und sehr bald von der Mehrheit der Bevölkerung als solches empfunden würde.

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ sollte sich darüber klar sein, daß der republikanischen Sache nur mit der Motive absoluter Gerechtigkeit gedient werden kann. Die Grundgesetze der Demokratie sind Achtung vor dem Gesetz und Zuhilfenahme vollkommener Gleichachtung für jedermann, soweit er nicht die gewalttätige Bekämpfung der Staatsform ausdrücklich auf seine Fahnen geschrieben hat.

### Landesverband der bad. Hotelindustrie

Im Kurhaus in Baden-Baden versammelten sich am Dienstag die zu ihrer Herbsthauptversammlung zahlreich eingetroffenen Vertreter des Landesverbandes der badischen Hotelindustrie und verwandter Berufe. Der Vorsitzende Bieringer betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß das Ziel der Tagung sei, Beschlüsse zu fassen nach der Richtung, die restlose Beseitigung der verkehrsbedingenden Kriegs- und Nachkriegsverordnungen zu fordern. In die badische Regierung sei eine Denkschrift über die Notlage und die Forderungen der badischen Hotelindustrie gewichtet worden. Begrüßungsansprachen hielten ferner Oberbürgermeister Hieser-Baden-Baden, der Präsident des badischen Verkehrsverbandes, Generalkonful Mensinger, ferner je ein Vertreter der Handelskammer Karlsruhe und der Reichsbahndirektion Karlsruhe. In der Aussprache wurde betont, daß ein zweiter Sommer wie der diesmalige den Ruin des Hotelgewerbes bedeuten würde. Daher sei es erforderlich, rücksichtslos gegen alle Hemmungen anzukämpfen, die das Wiederaufleben des Verkehrs behindern. Schließlich wurden eine Reihe von Entschlüssen angenommen, die die Beseitigung der Sondersteuern, einheitliche Preisbildung usw. fordern. Als Ort der nächsten Tagung wurde Heidelberg bestimmt.

### Herbsttagung des badischen und pfälzischen Transport- und Verkehrsverbandes

Am vergangenen Samstag und Sonntag fanden, wie uns mitgeteilt wird, im „Saalbau“ in Neustadt a. S. die Mitgliederversammlungen des Landesverbandes badischer und pfälzischer Möbelspediteure und des Arbeitgeber-Verbandes für das badische und pfälzische Transport- und Verkehrsgewerbe statt. Die Fachorganisation der Möbelspediteure tagte am Samstag unter dem Vorsitz des Herrn Fr. Kav. Dietrich, Freiburg i. B. Der Syndikus des Verbandes, Fr. Langenbein-Mannheim, berichtete über die Neuordnung der Umzugslosten der Beamten, über die Verbreitung der Automobilwagen im Möbeltransportgewerbe und die Preisbildung, ferner über die Ortsklasseneinteilung für die An- und Abfuhrtarife, sowie über eine Reihe sonstiger aktueller Fragen des Gewerbes. Die von der Verbandsleitung vorgelegten Entschlüsse fanden die Zustimmung der Versammlung. Die Verhandlungen am Sonntag waren vom Arbeitgeber-Verband für das badische und pfälzische Transport- und Verkehrsgewerbe anberaumt. Die unter dem Vorsitz des Herrn Friedrich Schmidt-Mannheim geleitete Versammlung war von Spebeteuren, Möbelspediteuren, Güterbeförderern, Fuhrunternehmern, Posthaltern und Lastkraftwagenbesitzern aus Baden und der Pfalz außerordentlich zahlreich besucht. Der Syndikus des Verbandes, Fr. Langenbein-Mannheim, hielt über die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen des Transport- und Verkehrsgewerbes ein ausführliches Referat, in dem die Stellung genommen wurde zu den derzeitigen Lohnbewegungen, der Arbeitslosfrage in Transport- und Verkehrsgewerbe, der Erwerbslosensfürsorge und Arbeitslosenversicherung, weiterhin wurden die Preisfragen des Gewerbes, die Eisenbahnverhältnisse, insbesondere die Förderung des Sammelabfuhrverkehrs, die Notwendigkeit der Einführung von Wasserumschlagtarifen, die Herabsetzung der übermäßigen Gebühren der Eisenbahn, die Reform der Steuererhebung, die Abhebung der geplanten Besteuerungen, sowie organisatorische Fragen des Gewerbes besprochen. Herr L. Berger-Landau referierte über die Bedeutung der Expedition und des Lastkraftwagens im Transport- und Verkehrsgewerbe. Im Anschluß an die Vorträge fanden lebhafte Aussprachen über die derzeit wichtigsten Fragen des Gewerbes statt. Die Tagung fand ihren Abschluß durch einen gemeinsamen Ausflug nach Gimmeldingen.

### Tagungen

Der badische Sängerbund hält am kommenden Sonntag, den 26. Oktober in Wertheim einen Delegiertentag ab.

Der badische Volkswirtschaftsverband beabsichtigt, seinen 40. Verbandstag im Mai 1925 in St. Blasien abzuhalten. Aus diesem Anlaß hat der Witteverein St. Blasien den Entschluß gefaßt, während der Dauer des 40. Verbandstages in St. Blasien eine allgemeine Schwarzwaldausstellung zu veranstalten.

### Aus der Landeshauptstadt

Handelshochschulkurse Karlsruhe. Das Winter-Semester beginnt am 27. Oktober. In der Rechtswissenschaft wird wieder mit dem bürgerlichen Recht begonnen und zwar leitet Oberlandesgerichtsrat Dr. Devis über Personen- und Schuldrecht und hält im Anschluß daran in einem Halb-Semesterkurs Übungen bzw. Vorträge ab, ferner behandelt er in einem weiteren Halb-Semesterkurs das Recht des Konturtes und der Geschäftsaufsicht. — Professor Dr. Brauer leitet über Kredit-, Bank- und Wechselwesen. — Für allgemeine Betriebswirtschaftslehre ist Professor Dr. Sommerfeld von der Handelshochschule Mannheim gewonnen worden. — Professor Dr. Schnabel wird einen Überblick über die deutsche Wirtschaftsgeschichte geben und Reg.-Rat Dr. Metz behandelt die Wirtschaftsgeographie Englands und des englischen Weltreichs. — Alle diese Vorträge finden im Aulaabau statt. Außerdem spricht Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne im Hörsaal des chem. techn. Instituts über die Bedeutung der Gipsindustrie, ein Gebiet, das nicht nur für die Kaufleute von Textilhandel und Industrie, sondern vom Standpunkt des Konsumenten auch für weitere Kreise von Interesse ist. — Die Handelshochschulkurse haben durch das Hinscheiden des Geh. Rat Dr. Kuhnner einen schweren Verlust erlitten. Er gehörte seit Jahren zu den ständigen Dozenten der Kurse und das Kuratorium sowohl als seine zahlreichen Hörer und Förderer werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

Nachrichten von Fahrkarten. Die Mitteilungen in der Presse über Witterung der Vorschriften für das „Nachlösen von Fahrkarten“ sind verfrüht.

Das Kassenprogramm der 2. Oktoberhälfte bringt die zwei Hochzeiten, sehr gute Konzerte. Der Konzertsänger und Musikabirtuose John Sprato ist ein ausgezeichnetes Cellospieler. Der Münchener Original Kirchner-Band bringt gute Darbietungen, die Vira-Compagnie, Altobaten, Kasabauer, Grenzler und Springer, unterhalten das Publikum aufs beste. Prologiert ist „Der lebende Schatten“, die neueste amerikanische Bühneninszenation. Den Schluß des Programms bildet das sensationelle Gastspiel des Universal-Künstlers Karl Scherber, der unter Leitung von Alice Scherber auftritt, und zwar als Delmar, türkischer Jongleur, Zahlen-gechichtskünstler sowie mit einer Badischhahne, und als chinesischer Gaukler und Handgeschellenkünstler. Die Hauskapelle unter Schottles Leitung füllt die Pauzen aufs beste aus.

### Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat November noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	22. Okt.		20. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	165.49	166.31	163.99	164.81
Kopenhagen 100 Kr.	72.12	72.48	71.72	72.08
Italien . . . 100 L.	18.24	18.34	18.29	18.39
London . . . 1 Pf.	18.89	18.98	18.82	18.91
Neuyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.96	22.05	21.97	22.09
Schweiz . . . 100 Fr.	80.70	81.10	80.48	80.82
Wien 100000 Kr.	5.91	5.95	5.91	5.95
Brag . . . 100 Kr.	12.51	12.57	12.49	12.55

Verteilung überall 100 Prozent

### Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Münzelgelder und als wertbeständige Effekte sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Millionen Mark)	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe . . . . .	ca. 9,8
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe . . . . .	ca. 10,5
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe . . . . .	ca. 2,88
7% Redarwerke Goldanleihe . . . . .	ca. —
5% Preussische Ralt-Anleihe pro 100 kg . . . . .	ca. 3,5
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Btr. . . . .	ca. 4,4
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig. . . . .	ca. 1,5
Dollarfahranweisungen des Deutschen Reichs ca. 87 1/2 Pr. d. R.	ca. —
Große Stücke von 10 Dollar aufwärts . . . . .	94 1/2 Proz.
kleine Stücke . . . . .	100 Proz.
Goldanleihe d. Deutschen Reiches . . . . .	ca. 4,2

Jubiläum des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Heute versammelten sich in dem ehemaligen preussischen Herrenhause in Berlin die Mitglieder des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zu einer Festigung anlässlich des 50-jährigen Bestehens dieses Verbandes. Die Berliner Börsenzeitung gibt aus diesem Anlaß eine Sondernummer heraus, in der führende Männer der deutschen Wirtschaft sich zur Lohn- und Arbeitszeitfrage äußern und vor allem gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag Stellung nehmen.

Was ist Wucher? Das Schöffengericht in München hatte am 20. Mai d. J. einen Kaufmann wegen Leistungswucher verurteilt, weil er außerordentlich hohen Zins für ein Darlehen gefordert hat. Das Reichsgericht hat sich nach einer Meldung der „Börsenzeitung“ der Ansicht des Schöffengerichts nicht angeschlossen.

### Verschiedenes

#### Ein „tüchtiger“ Polizeikommandant

In Saarbrücken wurde durch den Oberstaatsanwalt des Kommandant der Saarbrücker Schutzmannschaft Dörkert und sein Adjutant Reinsbacher verhaftet. Beide wegen zahlreicher Schiebung in Gold und Silber und Effekten, sowie wegen Klüßbegünstigung der an dem Bankrott der Saarländischen Effekten- u. Wechselbank in Saarbrücken Schuldigen angeklagt. Dörkert war zur Zeit des Waffenstillstandes einfacher Wachmeister gewesen und unter der französischen Herrschaft zu seinem jetzigen Posten emporgestiegen.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

Nr. 87 579 Fortbildungskurse für Gemeindepolizeibeamte an der Polizeischule in Karlsruhe betr.

An die Landeskommissäre und die Bezirksämter.

Vom 1. bis 23. Dezember 1924 findet der 5. Fortbildungskursus für Gemeindepolizeibeamte an der Polizeischule in Karlsruhe unter den gleichen Bedingungen wie bei den vorhergegangenen Kursen statt.

Die Zahl der Teilnehmer muß auf 15 Teilnehmer beschränkt werden.

Es wird ersucht, die in Betracht kommenden Städte und Gemeinden auf den Lehrgang noch besonders hinzuweisen. Die Anmeldungen der Gemeindepolizeibeamten sind durch dortige Vermittlung bis spätestens 15. November 1924 hierher vorzuliegen.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1924

Der Minister des Innern.

J. V. Leers

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

### Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

#### Ernannt:

Dr. Wilhelm Engler zum Ministerialrat im Ministerium des Innern und Leiter des Gewerbeaufsichtsamts mit der Amtsbezeichnung „Präsident“; Verwaltungsinспектор August Schumann bei der Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte zum Verwaltungsoberinspektor.

#### Planmäßig angezählt:

Maschinenanwärter Josef Luz bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

#### Verteilt:

Kriminalsekretär Josef Farrentopf von Heidelberg nach Freiburg; Polizeiwachmeister Hans Leithner in Mannheim zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Forzheim; Polizeiwachmeister Friedrich Kässmann in Mannheim zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe.

#### Entlassen auf Ansuchen:

Gendarmeriewachmeister Karl Liebenguth in Neustadt.

#### In den Ruhestand versetzt:

Polizeikommissär Ludwig Schmidt in Mannheim

### Ministerium des Kultus und Unterrichts

#### Ernannt:

Kanzleisekretär Wilhelm Dörflinger zum Kanzleiobersekretär, Kanzleisekretär Theodor Müller zum Verwaltungsassistenten, Kanzleigehilfe Carl Wiegand zum Kanzleisekretär, Kanzleigehilfe Max Volk zum Kanzlisten, sämtliche im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

#### In gleicher Eigenschaft versetzt:

Verwaltungsobersekretär Julius Gspann beim Bezirksamt Forzheim zum Generallandesarchiv in Karlsruhe.

#### Entlassen auf Ansuchen:

Handelslehrer Franz Haber Dietz in Emmendingen.

### Ministerium der Finanzen

#### Ernannt:

zu Obermaschinisten die Maschinisten Paul Schwarz und Ludwig Martin beim staatl. Fernheizwerk hier.

#### In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Kanzleiobersekretär Emil Fuchs bei der Landesbank.



Jhr Gang nach Mühlburg lohnt sich

Große Auswahl in

D.608

# Completten Wohnungs-Einrichtungen

nur Qualitätsware Einzel-Möbel Zahlungs-Erleichterung

Möbel- u. Bettenhaus **Heinrich Karrer**

nur Karlsruhe - Mühlburg, Philippstr. 19

Kein Laden, nur Lager. Billige Preise

Kostenlose Zufuhr und Aufstellung per Auto auch nach Auswärts



D.662

## Badisches Landestheater.

Donnerstag, 23. Okt. 7-10 Uhr. Sp. I.M. 7.00.  
Abonn. D 7. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5001-5600.

Gastspiel von Heinrich Kuppinger  
von der Staatsoper Dresden.

### Der Troubadour.

Manrico: Heinrich Kuppinger a. G.

## Eugen von Steffelin

Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261

**Möbeltransport  
Lager :: Spedition**

## Handelshochschulkurse Karlsruhe.

Winter-Semester 1924/25.

1. Rechtswissenschaft, Oberlandesgerichtsrat Dr. Levis, a) Bürgerliches Recht, Dienstag 8 Uhr, Beginn 28. Oktober, b) Besprechungen über Bürgerliches Recht (Halbsemesterkurs), jeden zweiten Donnerstag 7 Uhr Beginn 6. November, c) Grundzüge des Rechts des Konkurses und der Geschäftsaufsicht, jeden zweiten Donnerstag 7 Uhr, Beginn 30. Oktober.
2. Volkswirtschaftslehre, Professor Dr. Brauer, Freitag 7 1/2 Uhr, Beginn 31. Oktober.
3. Privatwirtschaftslehre, Professor Dr. Sommerfeld, Donnerstag 8 Uhr, Beginn 30. Oktober.
4. Wirtschaftsgeographie, Regierungsrat Dr. Metz, Montag 8 Uhr, Beginn 27. Oktober.
5. Geschichte, Professor Dr. Schnabel, Mittwoch 8 Uhr, Beginn 29. Oktober.
6. Warenherstellung und Technik, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Lehne, Mittwoch 7 Uhr, Beginn 5. November.

Hörsgebühren für einen Kurs Mk. 6.-. Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegen genommen: A. Bielefeld's Hofbuchhandlung, E. Kundt, J. Linck's Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lützerath, Buchhandlung „Zur Hauptpost“.

Karlsruhe, Oktober 1924. D.667  
Das Kuratorium.

**HERVORRAGEND  
SIND FORM UND GÜTE DER  
BAU UND  
MÖBEL  
AM RONDELLPLATZ  
ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDRICH-STR.  
EIGENE VERKAUFSSTELLEN:  
KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 23  
MANNHEIM-SCHLOSS-RECHTER FLÜGEL  
P.FORZHEIM-THEATERSTRASSE 15  
FREIBURG-METZGERAU 6  
OFFENBURG-STEINSTR. 2  
MOSBACH-HAUPTSTR. 12**

D.630

## Staatslotterie

Die Auszahlung der Gewinne aus der 1. Klasse der 24./250. Preuß.-Südd. Klassenlotterie sowie die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse beginnt am

**18. Oktober 1924 morgens**  
Meine beiden Geschäftsstellen sind von morgens 8 bis abends 7 Uhr ununterbrochen geöffnet

## ZWERG

vormalis Götz  
Hobelstraße 11 und Waldstraße 33  
D.672 (früher Pfanner)

2.937. Durlach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Karl Meier in Durlach ist Termin zur Befehlshandlung über den vom Gemeinschuldner gemachten Vergleichsvorschlag und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 7. November 1924, nachmittags 3 Uhr, vor das Amtsgericht Durlach, 2. Stod. Zimmer Nr. 28, bestimmt. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubiger-

aussschusses ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Durlach, 20. Okt. 1924. Amtsgericht 2. Der Gerichtsschreiber.

2.924. Wolfach. Über den Freirechtsmeister Gottlob Springmann in Wolfach ist am 18. Oktober 1924 die Geschäftsaufsicht angeordnet worden. Aufsichtsperson ist Kaufmann Störzbach in Wolfach. Wolfach, 18. Okt. 1924. Amtsgericht.

2.936. Donaueschingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Elsäßer in Furtwangen ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen vor dem Amtsgericht Donaueschingen bestimmt auf

Dienstag, 28. Oktober 1924, nachmittags 3 Uhr. Donaueschingen, den 15. Oktober 1924. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Detektiv** Institut  
-u. Privat-  
-Rückkunft  
-Argus  
"Mannheim"  
O. G. G.  
Pflanzl. 3. 47  
Fernspr. 5302  
A. Maler & Co., G. m. b. H.

**Metallbetten**  
Stahlmatr., Kinderbett, breitt  
an Private, Katalog 78 R. frei.  
Eisenmöbelwerkstatt Eupf (Eupf.)

**Paßbilder**  
für Reise und Bahnfahrten  
schnell und billig  
Photographisches Atelier  
**Rausch & Pester**  
Erbprinzenstr. 3. D. 485

## Ziehungsliste der Badischen Jugendherbergs-Lotterie.

<p><b>1 Gewinn à 1000 Goldmark:</b> Nr. 9582.</p> <p><b>2 Gewinne à 500 Goldmark:</b> Nr. 5951, 20200.</p> <p><b>20 Gewinne à 50 Goldmark:</b> Nr. 0487, 0945, 3148, 4226, 6633, 9309, 12023, 14225, 15437, 17143, 19977, 20238, 20249, 21591, 25484, 26874, 32239, 36859, 37606, 44007.</p> <p><b>50 Gewinne à 20 Goldmark:</b> Nr. 0170, 0365, 0752, 0982, 2728, 3751, 3873, 4009, 4010, 5328, 8824, 10596, 10930, 12310, 14720, 15283, 15728, 17382, 17660, 18080, 18882, 20077, 20390, 21284, 22522, 22988, 23535, 24388, 25010, 26985, 29446, 29935, 30551, 32316, 33793, 34866, 34946, 35114, 36479, 39910, 41671, 41711, 41753, 41777, 42962, 43272, 43299, 49161, 49613, 49614.</p> <p><b>100 Gewinne à 10 Goldmark:</b> Nr. 0378, 0780, 1375, 1579, 1950, 3055, 3359, 3975, 4587, 4841, 5228, 5853, 6263, 7214, 7502, 8149, 8197, 8287, 8377, 8643, 8775, 8943, 9843, 10313, 10986, 11084, 11737, 11889, 12353, 12699, 13384, 13584, 14481, 14334, 14676, 14805, 15442, 16119, 16567, 16924, 17084, 17363, 18054, 18386, 18628, 19742, 20293, 20731, 20821, 21238, 21741, 21742, 21901, 22056, 22308, 22979, 23385, 23790, 24336, 24428, 25864, 26345, 27887, 28274, 30187, 30489, 30857, 31109, 31346, 31501, 32145, 32977, 33093, 33231, 33526, 34373, 34522, 34750, 34825, 34830, 36277, 36787, 37611, 38320, 40914, 41122, 41641, 41809, 41830, 42819, 42821, 43399, 44569, 46546, 46873, 47801, 48004, 48056, 48228, 49717.</p> <p><b>200 Gewinne à 5 Goldmark:</b> Nr. 0188, 0539, 0655, 0948, 0979, 1175, 1380, 1625, 1781, 1912, 2005, 2092, 2103, 2139, 2311, 3089, 3138, 3363, 3986, 4063, 4426, 4490, 5096, 5368, 5641, 5665, 6015, 6367, 6537, 6822, 6849, 6883, 6923, 7171, 8026, 8122, 8142, 8622, 8755, 9733, 9752, 9753, 9942, 10123, 10329, 10866, 10617, 10564, 10678, 10832, 11667, 12539, 13183, 13217, 13372, 13954, 14145, 14486, 14553, 14795, 15193, 15426, 15597, 15639, 15965, 16992, 17034, 17333, 17357, 17901, 18223, 18543, 18544, 18619, 18645, 18977, 19044, 19201, 19314, 19550, 20286, 20377, 20385, 20422, 20733, 20820, 21007, 21395, 22070, 22244, 22246, 22260, 22330, 22998, 23055, 23173, 23229, 23588, 25224, 25502, 25845, 25969, 25987, 26218, 26375, 27017, 27053, 27540, 27767, 27866, 28276, 28289, 28615, 28691, 28913, 29181, 29182, 29442, 29981, 30218, 30814, 30947, 31014, 31169, 31335, 31583, 31732, 31850, 33048, 33464, 33783, 34401, 34618, 34788, 34908, 35018, 35181, 35239, 35620, 36764, 36806, 36837, 36348, 36584, 36750, 36778, 36869, 36903, 37283, 37308, 37309, 37310, 37311, 37312, 37313, 37314, 37315, 37316, 37317, 37318, 37319, 37320, 37321, 37322, 37323, 37324, 37325, 37326, 37327, 37328, 37329, 37330, 37331, 37332, 37333, 37334, 37335, 37336, 37337, 37338, 37339, 37340, 37341, 37342, 37343, 37344, 37345, 37346, 37347, 37348, 37349, 37350, 37351, 37352, 37353, 37354, 37355, 37356, 37357, 37358, 37359, 37360, 37361, 37362, 37363, 37364, 37365, 37366, 37367, 37368, 37369, 37370, 37371, 37372, 37373, 37374, 37375, 37376, 37377, 37378, 37379, 37380, 37381, 37382, 37383, 37384, 37385, 37386, 37387, 37388, 37389, 37390, 37391, 37392, 37393, 37394, 37395, 37396, 37397, 37398, 37399, 37400, 37401, 37402, 37403, 37404, 37405, 37406, 37407, 37408, 37409, 37410, 37411, 37412, 37413, 37414, 37415, 37416, 37417, 37418, 37419, 37420, 37421, 37422, 37423, 37424, 37425, 37426, 37427, 37428, 37429, 37430, 37431, 37432, 37433, 37434, 37435, 37436, 37437, 37438, 37439, 37440, 37441, 37442, 37443, 37444, 37445, 37446, 37447, 37448, 37449, 37450, 37451, 37452, 37453, 37454, 37455, 37456, 37457, 37458, 37459, 37460, 37461, 37462, 37463, 37464, 37465, 37466, 37467, 37468, 37469, 37470, 37471, 37472, 37473, 37474, 37475, 37476, 37477, 37478, 37479, 37480, 37481, 37482, 37483, 37484, 37485, 37486, 37487, 37488, 37489, 37490, 37491, 37492, 37493, 37494, 37495, 37496, 37497, 37498, 37499, 37500.</p>	<p><b>500 Gewinne à 3 Goldmark:</b> Nr. 87, 88, 96, 213, 374, 608, 632, 821, 878, 939, 1070, 1072, 1337, 1414, 1666, 1986, 2013, 2046, 2068, 2146, 2193, 2291, 2293, 2297, 2300, 2345, 2443, 2517, 2561, 2629, 2645, 2699, 2726, 3038, 3052, 3069, 3233, 3237, 3312, 3365, 3517, 3520, 3733, 3809, 3869, 4016, 4119, 4120, 4177, 4201, 4233, 4239, 4250, 4259, 4548, 4840, 4906, 4907, 4958, 4987, 5236, 5290, 5300, 5350, 5381, 5466, 5473, 5489, 5508, 5572, 5965, 6039, 6220, 6524, 6576, 6692, 6847, 6899, 6930, 7130, 7212, 7236, 7386, 7447, 7484, 7547, 7571, 7588, 7599, 7851, 7871, 8115, 8139, 8195, 8220, 8236, 8238, 8526, 8554, 8555, 8564, 8596, 8713, 8761, 8827, 8907, 9082, 9142, 9178, 9210, 9215, 9323, 9585, 9728, 9784, 9798, 9830, 9832, 9970, 9888, 9987, 10240, 10802, 10964, 10966, 11153, 11205, 11324, 11348, 11633, 11658, 11895, 11928, 11933, 11956, 11966, 12100, 12119, 12128, 12312, 12400, 12441, 12650, 12754, 12821, 12824, 13007, 13143, 13194, 13261, 13456, 13513, 13596, 13877, 13947, 14105, 14108, 14166, 14194, 14316, 14349, 14563, 14623, 14645, 14672, 14970, 14971, 14972, 14977, 15176, 15373, 15423, 15514, 15604, 15828, 15832, 16882, 16941, 16158, 16197, 16485, 16491, 16604, 16696, 16736, 16807, 16872, 16990, 17038, 17090, 17216, 17368, 17705, 17737, 17745, 17761, 17806, 17946, 17975, 18199, 18234, 18432, 18575, 18596, 18670, 18688, 18818, 19071, 19107, 19372, 19804, 19994, 20143, 20176, 20293, 20304, 20328, 20341, 20342, 20362, 20431, 21009, 21064, 21136, 21298, 21371, 21598, 21613, 21746, 21818, 21918, 21954, 23094, 22227, 22277, 22313, 22331, 22398, 22454, 22616, 22648, 22707, 22898, 22899, 23227, 23504, 23582, 23744, 23877, 23919, 23988, 23990, 24140, 24141, 24149, 24205, 24907, 24818, 24332, 24503, 24512, 24792, 25061, 25147, 25168, 25206, 25383, 25431, 25601, 25666, 25676, 25837, 26224, 26350, 26372, 26477, 26487, 26594, 26708, 26712, 26928, 27001, 27016, 27054, 27059, 27180, 27264, 27399, 27559, 27770, 27801, 27806, 27981, 28028, 28047, 28052, 28500, 28435, 28498, 28518, 28523, 28584, 28665, 28721, 28734, 28789, 28780, 28844, 28963, 28980, 29000, 29053, 29117, 29243, 29498, 29512, 29544, 29735, 29851, 29977, 30165, 30223, 30266, 30347, 30410, 30431, 30458, 30490, 30394, 30398, 30737, 30758, 30790, 30893, 30951, 30993, 31137, 31152, 31437, 31599, 31648, 32027, 32045, 32100, 32126, 32140, 32238, 32335, 32395, 32521, 32660, 32856, 33002, 33109, 33196, 33337, 33451, 33585, 33623, 33725, 34086, 34222, 34233, 34304, 34506, 34544, 34895, 34921, 35028, 35070, 35134, 35197, 35261, 35379, 35428, 35481, 35665, 35719, 35789, 35862, 35942, 36081, 36126, 36159, 36177, 36346, 36411, 36639, 36751, 36839, 36863, 37225, 37333, 37521, 37586, 37608, 37612, 37665, 37753, 37754, 37896, 38194, 38630, 38694, 38801, 38897, 38915, 38960, 39544, 39584, 39691, 40075, 40203, 40358, 40455, 40463, 40520, 40531, 40570, 40606, 40679, 40844, 40988, 41003, 41089, 41357, 41366, 41540, 41675, 41682, 41692, 42424, 42637, 43028, 43137, 43199, 43295, 43307, 43308, 43309, 43398, 43642, 43895, 43953, 43999, 44002, 44073, 44134, 44191, 44229, 44319, 44659, 44769, 44958, 45033, 45098, 45103, 45157, 45189, 45583, 45690, 45662, 45681, 45691, 45838, 45901, 45980, 46309, 46706, 46778, 46818, 46948, 47014, 47485, 47615, 47969, 48126, 48196, 48362, 48363, 48474, 48617, 48662, 48863, 48879, 48884, 49316, 49321, 49676, 49759, 49763, 49863, 49873, 49893, 49902, 49925, 49927, 49963.</p>
--	---

Druck G. Braun, Karlsruhe.